

Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer 'radikalen Reform' der russischen Wirtschaft

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1997). *Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer 'radikalen Reform' der russischen Wirtschaft*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 23/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46936>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft

Zusammenfassung

Michail Gorbatschow hatte die "radikale Reform" der russischen Wirtschaft angekündigt, war damit aber aus einer Vielzahl von Gründen, darunter der Halbherzigkeit des in Wirklichkeit nur begrenzten Reformzieles, gescheitert. Eine tatsächlich "radikale" Wirtschaftsreform, die einen Wechsel des Wirtschaftssystems bedeutete, wurde dann erst unter Jelzin ab 1992 begonnen. Aber auch dieser zweite Versuch drohte stecken zu bleiben, denn es fehlte an der zügigen, konsequenten und umfassenden Ausfüllung des Reformkonzepts. Im Frühjahr 1997 kündigt sich die dritte "radikale Reform" an, nachdem Anatolij Tschubais und Boris Nemzow in oberste Führungspositionen der neu gebildeten Regierung berufen wurden, an deren Entschlossenheit zu weitreichenden Reformen nicht gezweifelt werden kann. Allerdings steht vor einem Reformersfolg die Lösung einer Reihe nicht einfacher Probleme. Kurzfristig muß die Budgetkrise sowie das Problem der verzögerten Renten- und Gehaltszahlungen entschärft werden. Mittelfristig müssen unter anderem die Unternehmen von den zu hohen Energie- und Transporttarifen entlastet, die Steuerbelastung gesenkt, das Sozial- und Wohnungswesen reformiert sowie die Beanspruchung des Kreditmarktes durch den Staat vermindert werden. Diese Reformen entsprechen auch den Interessen des russischen Finanzkapitals, das nach der nun abgeschlossenen Phase der "ursprünglichen Akkumulation" an einer stabilen Entwicklung der russischen Wirtschaft interessiert ist.

Das Scheitern des Kabinetts Tschernomyrdin nach den Präsidentschaftswahlen 1996

Nach seinem Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen 1996 hatte Präsident Boris Jelzin ein Kabinett installiert, das zu etwa einem Drittel aus "neuen Leuten" bestand und Professionalität verkörpern sollte. Viel versprach man sich z.B. von Wladimir Potanin, dem 35jährigen Vorsitzenden der Uneximbank, der als einer der drei ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten für wirtschaftliche Belange zuständig war. Finanzminister Alexander Liwschiz (zuvor Berater Jelzins) sowie der im Amt verbleibende Wirtschaftsminister Jewgenij Jassin vertraten wie Potanin ebenfalls den "wirtschaftsliberalen" Reformflügel. Weitere derartige Reformkräfte waren im Kabinett allerdings nicht auszumachen. Insbesondere konnten von den anderen beiden ersten Stellvertretern des Regierungschefs Aleksej Bolschakow (zuständig u.a. für Industriepolitik) und Viktor Iljuschin (zuständig u.a. für Sozialpolitik) sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander

Sawerjucha (zuständig für die Landwirtschaft) kaum Reformimpulse erwartet werden. Die zahlreichen mit wirtschaftlichen Belangen befaßten Minister Oleg Dawydow (Außenwirtschaftsbeziehungen), Jefim Basin (Bauwesen), Genadij Melikjan (Arbeit), Viktor Michailow (Atomenergie), Jurij Bepalow (Industrie), Sinowij Pak (Rüstungsindustrie), Anatolij Saizew (Verkehrswege), Nikolaj Zach (Verkehrswesen), Viktor Chlystun (Landwirtschaft und Ernährung) und Petr Rodionow (Energie) repräsentierten eher Wirtschaftsbranchen als gesamtwirtschaftliche Interessen.¹ Der Einfluß des Regierungschefs Viktor Tschernomyrdin (den man zwar nicht als simplen Vertreter der Erdgas- und Erdölinteressen, aber doch als "konservativ" kennzeichnen kann), blieb praktisch ungeschmälert.

Einen gewissen Gegenpol zur Regierung Tschernomyrdin bildete das Team Tschubais/Beresowskij, das im Umfeld des Präsidenten angesiedelt war. Der Leiter der Präsidentenadministration Anatolij Tschubais² sowie der stellvertretende Sekretär des nationalen Sicherheitsrates Boris Beresowskij (ein überaus fähiger, wenn auch wegen mancher dunkler Geschäfte umstrittener Vertreter der "neuen Reichen") repräsentierten in einem weiten Sinne das neue "Finanzkapital" Rußlands und hatten die zuvor dominierende Nomenklatura-Clique (Viktor Iljuschin, Nikolaj Jegorow, Alexander Korschakow) aus der Umgebung des Präsidenten verdrängt.³

Im zweiten Halbjahr 1996 erfüllten sich die Erwartungen, die an die Reformkräfte innerhalb der Regierung und im Präsidialapparat gesetzt worden waren, jedoch nicht. Weder gingen vom Kabinett entscheidende Impulse aus, noch konnten die für den erkrankten Präsidenten handelnden Gehilfen im Präsidialapparat (angeführt von Tschubais) das Blatt wenden. Das kommunistisch-konservativ dominierte Parlament übte sich weiterhin eher als Bremser von Reformen denn als vorantreibende Kraft. Regierung und Duma verabschiedeten ein Budget für 1997, von dem allen Beteiligten klar war, daß es nicht realisiert werden konnte. Keines der drängenden wirtschaftlichen Probleme konnte einer Lösung nähergebracht werden. Die zwischenbetriebliche Verschuldung und die Lohnrückstände wuchsen weiter an. Produktion und Investitionstätigkeit zeigten (wenn man sich von der "kreativen Buchführung", die die russische amtliche Statistik neuerdings anwendet, nicht täuschen ließ)⁴ keine Anzeichen von Erholung. Die katastrophalen Ergebnisse der Steuereinnahmen im ersten Vierteljahr 1997, als nur knapp zwei Drittel der geplanten Einnahmen eingingen, brachten das Kartenhaus endgültig zum Einsturz. Jelzin ergriff die Chance, sich erneut als Retter der Nation darzustellen, bezichtigte die Regierung der Untätigkeit und Unfähigkeit und stellte im März und April 1997 ein neues Kabinett zusammen.⁵

¹ In der russischen Regierung wurde bis zur Regierungsumbildung im März 1997 das sowjetische Prinzip der "Branchenministerien" mit engem Kompetenzbereich noch weitgehend praktiziert. Erst die neue Regierung läßt Ansätze einer organisatorischen Straffung erkennen.

² Der Aufstieg und Einfluß der "grauen Eminenz" im Kreml, Anatolij Tschubais', wäre einer gesonderten Betrachtung wert, die hier nicht erfolgen kann. Tschubais war aus der Reformregierung Gajdar hervorgegangen und hatte mit dem staatlichen Vermögenskomitee (der russischen "Treuhand") die am besten organisierte Behörde der Reformzeit geschaffen. Dort wie auf allen folgenden Stationen seines Werdeganges (stellvertretender Ministerpräsident, Leiter des Wahlkampfstabes Jelzins, Leiter der Präsidialadministration) brachte er "seine Leute" in Position, so daß man heute vom "Tschubais-Clan" als der vielleicht einflußreichsten Gruppierung im heutigen Rußland sprechen kann; vgl. Ol'ga Kryštanovskaja, Kto segodnja pravit bal v Rossii, in: Argumenty i fakty, 21/1997, S. 4.

³ Zum personellen Umfeld des Prädisidenten bis Mitte 1996 siehe Hans-Henning Schröder, Instanzen sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung in der Jelzin-Administration, in: Berichte des BIOst, 18/1996, S. 5-26 sowie ders., Viele Köche verderben den Brei: Zur strukturellen Führungsschwäche der Jelzin-Administration (Teil I-II), in: Aktuelle Analysen des BIOst, 54/1996 und 55/1996.

⁴ Das russische Staatskomitee für Statistik bezieht ab 1997 einen größeren Teil der Schattenwirtschaft in die Berechnung des BIP ein als bisher, ohne die Vergleichsdaten für 1996 revidiert zu haben. Dadurch ergibt sich ein fiktiver Anstieg der Produktion; vgl. Interfax Statistical Report, 16/1997, S. 2.

⁵ Zur personellen Zusammensetzung der neuen Regierung siehe den Erlaß Nr. 250 des Präsidenten vom 17.3.1997 "Ob izmenenijach v sostave Pravitel'stva Rossijskoj Federacii, in: Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii 13/1997, Pos. 1425 sowie Ulrich-Joachim Schulz-Torge, Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Band I, Swisttal, 1997, S. 103 ff.; vgl. auch Alexander Rahr, Rußlands neue Reformregierung, in: GUS-Barometer, 11/1997, S. 1-3.

Die Reformregierung 1997

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob die von Jelzin berufene neue Regierung, die der obersten Ebene der Staatslenkung eigentlich nur ein wirklich neues Gesicht – das von Nemzow – hinzufügt, keine große personelle Erneuerung bedeutet. Dieser Eindruck täuscht jedoch.

Tschubais hat in seiner Doppelfunktion als erster stellvertretender Ministerpräsident (zuständig für Wirtschaftsreformen) und Finanzminister weitreichendsten Einfluß auf wirtschaftliche Entscheidungen erlangt. Außerdem sind nun weitere Führungspositionen mit Leuten aus seinem "Kommando" besetzt: Auf der Ebene der stellvertretenden Ministerpräsidenten sind dies Alfred Koch (zuständig für Eigentum und Privatisierung) und Jakow Urinson (zuständig für Wirtschaft und zugleich Wirtschaftsminister), wobei durch die Integration der Ministerien für Industrie sowie Verteidigungsindustrie in das Wirtschaftsministerium der Kompetenzbereich des Wirtschaftsministers zugenommen hat. Auf oberer bürokratischer Ebene sind zum "Kommando Tschubais" noch zu zählen: Sergej Wasiljew (stellvertretender Leiter des Büros des Ministerpräsidenten), Aleksej Kudrin und Sergej Ignatjew (beide stellvertretende Finanzminister) sowie Dmitrij Wassiljew (Föderale Wertpapierkommission), Peter Mostowoj (Föderales Amt für Unternehmenskonkurse) und Wladimir Putin (Kontrollabteilung des Präsidenten).

Daneben spielen die "Provinzler" Boris Nemzow (ehemaliger Gouverneur von Nischni-Nowgorod) und Oleg Syssujew (ehemaliger Bürgermeister von Samara) als neue Stellvertreter des Ministerpräsidenten eine Sonderrolle. Nemzow, der als "erster" stellvertretender Ministerpräsident gleichrangig mit Tschubais ist, ist zuständig für Sozialpolitik, Antimonopolpolitik, Wohnungsbau und kommunale Wirtschaft sowie Rohstoffe und Energie und leitet außerdem das Energieministerium. Syssujew ist neben Nemzow ebenfalls für Sozialpolitik und kommunale Wirtschaft zuständig.

Viele Inhaber der Wirtschaftsressorts in der ehemaligen Regierung (Dawydow, Jassin, Liwschiz, Melikjan, Pak, Potanin, Rodionow, Saizew und Sawerjucha) haben ihre Posten räumen müssen.⁶ Verblieben sind Atomminister Michajlow, Landwirtschaftsminister Chlystun und Verkehrsminister Zach (sowie Jassin als Minister ohne Aufgabenbereich).

Eigentlich hätte ein derart weitgehender personeller Wechsel in der Regierung auch den Austausch des Ministerpräsidenten einschließen müssen. Aus formalen Gründen (weil dann die Duma die neue Regierung hätte bestätigen müssen) war es einfacher, Tschernomyrdin im Amt zu belassen. Aber davon abgesehen spielt der alte Ministerpräsident in der Personalstrategie Jelzins eine wichtige Rolle: Er besitzt in der Duma bis in die Reihen der Kommunisten hinein Ansehen.⁷ Er wäre auch als Jelzin-Nachfolger (möglicherweise mit geschälerten Kompetenzen) nicht zuletzt für Tschubais, der dann beste Chancen für den Posten des Ministerpräsidenten hätte, akzeptabel.

Zum ersten Mal nach dem Abtritt der Regierung Gajdar Mitte 1992 wird Rußland wieder von einem weitgehend homogenen "Kommando" geführt. An seiner Spitze stehen mit Tschubais und Nemzow zwei von sich und ihrer Aufgabe überzeugte Reformer, die über beträchtliche administrative Erfahrungen verfügen. Tschubais kann sich überdies auf eine personelle Basis von Gefolgsleuten stützen und gilt manchen Beobachtern als die mächtigste politische Figur im heutigen Rußland nach Jelzin. Die neue Regierung kann sich wegen ihrer prononciert liberalen Ausrichtung der Sympathie und Unterstützung der westlichen Länder gewiß sein. Was aber haben die neuen Leute vor?

Das Reformprogramm

Die von der neuen Regierung angekündigten oder bereits begonnenen Reformen bzw. Maßnahmen sind von unterschiedlicher Qualität und Bedeutung. Einige der ersten Schritte trugen offensichtlich populistische Züge, wie etwa das Verbot der Benutzung ausländischer Autotypen als Dienstwagen

⁶ Zum weiteren Schicksal der Entlassenen siehe Denis Babiè, *Pravitel'stvennye otstavniki*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 22.5.1997, S. 2.

⁷ Viktor Ostrowskij, *Pravitel'stvo: vremja sobirat' kadry*, in: *Kommersant*-, 15/1997, S. 20-21, hier S. 20.

oder die verordnete Offenlegung der Einkommensverhältnisse für oberste Staatsdiener. Auch der (wie schon oft) angekündigte verstärkte Kampf gegen die Korruption hat wohl eher deklaratorischen Charakter.

Als notwendigen, aber längst nicht ausreichenden Schritt auf dem Gebiet der vernachlässigten Bodenreform kann der jüngste Erlass Jelzins angesehen werden, wonach beim Kauf von Gebäuden auch das Grundstück mit erworben werden kann (bislang war nur Pacht möglich).⁸ Jelzins Erlass zum Übergang auf ein föderales Kassensystem, über das der staatliche Geldverkehr künftig (statt wie bisher über private Banken) abgewickelt werden soll, kann eine Schwachstelle der gegenwärtigen Finanzverwaltung beseitigen.⁹ Bedeutung für die Akzeptanz des Reformprogramms hat die Selbstverpflichtung der Regierung, bis zum 30. Juni 1997 die rückständigen Pensionen und bis zum 30. Juni 1998 die rückständigen Gehälter der Staatsbediensteten nachzubezahlen.¹⁰ Derartige Versprechungen sind zwar auch in der Vergangenheit gemacht und regelmäßig gebrochen worden, doch darf man dieses Mal – unter Finanzminister Tschubais – unterstellen, daß Mittel und Wege gefunden werden (darunter Kredite des Auslandes), um zumindest diese Ankündigung wahr zu machen.

Durch Senkung der Eisenbahntarife für Gütertransporte sowie der Tarife für Gas und Elektrizität sowie durch Absenkung der Kreditzinsen soll die industrielle und landwirtschaftliche Produktion belebt werden. Dies erfordert die Beschneidung der Marktmacht der "natürlichen Monopole" (Russische Eisenbahn, Erdgaskonzern "Gasprom", Elektrizitätskonzern "Einheitliches Energiesystem") und ein geringes Defizit des Staatshaushalts, um die Beanspruchung des Kreditmarktes durch staatliche Kreditaufnahme in Grenzen zu halten. Zwar hat sich Nemzow schon gleich nach seinem Amtsantritt mit Gasprom angelegt und dessen privilegierte Stellung¹¹ ans Licht der Öffentlichkeit gebracht, doch kann von einer wirksamen staatlichen Kontrolle und Entflechtung bei Gasprom zumindest vorerst noch nicht die Rede sein.¹²

Die Budgetkrise des Jahres 1997 wird zunächst durch die "Sequestrierung" der Staatsausgaben beigelegt. Darunter versteht man in Rußland eine schematische Kürzung der Staatsausgaben gegenüber den ursprünglichen (weit überhöhten) Budgetansätzen, wobei differenzierte Kürzungssätze zwischen 0 und 50% angewandt werden.¹³ Für 1988 soll ein realistisches Budget mit geringem Defizit vorgelegt werden. Wieweit dies gelingen wird, ist noch nicht abzusehen. Zwar dürften einige der bestehenden Mängel bei der Erhebungspraxis der Steuern abgestellt werden können, jedoch verbleibt das Problem der geringen Steuerkraft der russischen Unternehmen und der geringen Ergiebigkeit der Besteuerung der breiten Massen der Einkommensbezieher angesichts der weiter stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Produktion ungelöst. Mittelfristig ist eine Steuerreform geplant, wobei die Steuerbelastung gesenkt und das Steuersystem vereinfacht werden soll. Dies soll im Rahmen des zu verabschiedenden Steuerkodex erfolgen, der der Duma vorliegt.

⁸ Erlass des Präsidenten vom 16.5.1997 „O garantijach sobstvennikam ob-ektov nedvizimosti i priobretenii v sobstvennost' zemel'nych ucastkov pod etimi ob-ektami“; vgl. dazu Segodnja, 20.5.1997, S. 6.

⁹ Erlass des Präsidenten vom 14.5.1997 „O merach po osileniju kontrol'ja za ispol'zovaniem sredstv federal'nogo budžeta“; vgl. dazu Kommersant-, 14-5-1997, S. 1 und 9.

¹⁰ Vgl. hierzu und zum folgenden Vladimir Razuvaev, Sem' punktov pravitel'stvennoj programmy (usw.), in: Nezavisimaja gazeta, 21.5.1997, S. 1.

¹¹ Nach einem Geheimabkommen aus dem Jahre 1993 hatte der russische Staat seinen Anteil am Grundkapital von Gasprom in Höhe von 41% dem Gasprom-Chef zur treuhänderischen Verwaltung überlassen und sich so jeden Einflusses auf den Konzern begeben. Angeblich konnten in der Folgezeit Personen aus dem Kreise des Gasprom-Vorstandes zu Vorzugspreisen Aktien erhalten.

¹² Nach den zwischen Nemzow und Gasprom-Chef Wjachirew getroffenen Vereinbarungen bleibt der Gaskonzern Eigentümer des Leitungsnetzes und behält seine überragende Stellung auch bei der Gasförderung. Nur die Transporttarife für Gas werden künftig von der Regierung kontrolliert werden. Dagegen wird der Elektrizitätskonzern EES Rossii auf der Basis der einzelnen Kraftwerke in unabhängige Gesellschaften zerlegt und die Strompreise von der Regierung kontrolliert werden, vgl. Igor' Godunov, S takim sčastem - i na tribune, in: Kommersant-, 20.5.1997, S. 20-21.

¹³ Vgl. Ognian Hishow, Die Budgetkrise des russischen Staates, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 24/1997.

Die Finanzkraft der Kommunen soll dadurch gestärkt werden, daß ihnen die Einkommensteuer natürlicher Personen sowie die Vermögenssteuer gänzlich überlassen werden. Die Wirksamkeit dieser Regelung setzt allerdings eine effizientere Erhebungspraxis bei diesen Steuerarten voraus, wovon nicht ohne weiteres ausgegangen werden kann. Auch soll die Belastung der Kommunen durch Aufwendungen für den Bau und Unterhalt des Wohnraums gesenkt werden. Dafür solle die kommunale Wohnungswirtschaft reformiert werden, was weit über die in der Presse diskutierte Erhöhung der Mieten hinausgeht. Nach Tschubais ist die Wohnungswirtschaft der am meisten monopolisierte Sektor der russischen Wirtschaft, der äußerst ineffektiv arbeitet und große Subventionen verschlingt.¹⁴ Er führt als Beispiel an, daß allein durch den Einbau von Wasserzählern der Wasserverbrauch in den Haushalten um 45% gesenkt werden könne. Statt Subventionen an die Wohnungswirtschaft müsse man zu direkten Unterstützungen für Bedürftige übergehen. (Freilich wird die Durchführung der Reform der Wohnungswirtschaft weitgehend davon abhängen, wie stark sich die Kommunen für diese Ziele engagieren.)

Um die staatlichen Kassen zu entlasten, müßten eine Reihe von Vergünstigungen abgebaut werden, die zum kleineren Teil noch aus sowjetischen Zeiten stammen (z.B. verbilligte Wohnungen nicht nur für Kriegsveteranen, sondern auch für die diese Wohnungen heute bewohnenden Nachkommen), zum größeren Teil jedoch Ergebnisse der jüngeren russischen Gesetzgebung sind. Daß 58 Kategorien von Personen in der Moskauer U-Bahn kostenlos fahren dürfen, illustriert eher die Problematik; von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist allerdings der Gesamtumfang der Vergünstigungen (soziale Vergünstigungen, Steuervergünstigungen usw.), der bei 300-500 Billionen Rubel liegt und damit die Größenordnung des föderalen Budgets erreicht.¹⁵

Die zweite Etappe der liberalen Revolution hat begonnen

Die neue Regierung muß sich zwar zunächst mit der Lösung verschleppter Probleme wie den rückständigen Steuereinnahmen und den verzögerten Gehaltszahlungen für die Staatsbediensteten beschäftigen. Auch die Aufstellung eines Budgets für 1988, das nicht wie das für 1997 in einem Fiasko enden darf, hat zunächst Vorrang. Auf längere Sicht jedoch bedeutet die Verwirklichung der angekündigten und noch zu erwartenden Reformprojekte die tatsächliche Durchführung der 1992 begonnenen Wirtschaftstransformation. Diese hatte mit Liberalisierung, Privatisierung und Stabilisierung zwar die Fundamente gelegt, es fehlte aber an der Ausführung des Gesamtgebäudes. Es bestand die Gefahr, daß sich die neue russische Elite mit ihrer begrenzten Zielsetzung einer "halbliberalen Ökonomie" nach der Formel "Der Macht das Eigentum hinzufügen" durchsetzte.¹⁶ Die Gefahr bestand, daß das Reformvorhaben in Halbheiten steckenbleibt und sich in Rußland ein "Stagnationsgleichgewicht" einspielt, wie es für viele Entwicklungsländer lange Zeit typisch war. Dabei wird zwar der "Absturz ins Bodenlose" vermieden, aber eine echte Entwicklung kommt nicht in Gang.

Die Ausgangsbasis für wirtschaftliche Reformen ist aus mehreren Gründen besser als in den vergangenen Jahren: Nachdem in den Jahren 1990-1996 eine Art von "ursprünglicher Akkumulation" erfolgte, die von Wirtschaftskriminalität, Korruption, Lobbyismus und Schwäche des Staates begleitet war, scheint das russische Großkapital nun ein ruhigeres Fahrwasser zu bevorzugen.¹⁷ Die Regierung kann somit auf die grundsätzliche Unterstützung durch die heimischen Finanzgruppen hoffen.

An der Entschlossenheit der Führungsgruppe in der gegenwärtigen Regierung zur Fortführung der Reformen dürfte kein Zweifel erlaubt sein. Spekulationen über Rivalitäten zwischen Tschubais, Nemzow und Tschernomyrdin führen nicht weit. Alle drei sind durch den Erfolgswang zu sehr

¹⁴ Rede von Tschubais in Krasnojarsk, vgl. Vek, 17-18/1997, S. 13 und 15.

¹⁵ Vgl. Julija Ul'janova, Tjaželo živetsja v strane, gde vse naselenie - l'gotniki, in: Izvestija, 17.5.1997, S. 1.

¹⁶ Eberhard Schneider, Wer regiert in Moskau?, in: Die politische Meinung, 5/1997, S. 5-15, hier S. 12.

¹⁷ Dies meint zumindest Boris Nemzow, vgl. das Interview mit Chrystia Freeland, New man in bandit country, in: Financial Times, 27.5.1997, S. 19.

miteinander verbunden, als daß sie sich weitgehende personelle Intrigen leisten könnten. Als Gegenpole des "Kommando Tschubais" müssen dagegen die Duma (in ihrer gegenwärtigen Besetzung) sowie der nach höheren Ämtern strebende und mit Tschubais verfeindete Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow (der sich mit Alexander Lebed verbünden könnte) angesehen werden.¹⁸ Dagegen dürfte Nemzow, der in der Öffentlichkeit weit weniger umstritten ist als Tschubais und zu Luschkow angeblich gute Beziehungen hat, auf weniger Widerstand treffen. Der Föderationsrat dagegen (in dem die Gouverneure der Provinzen vertreten sind) wird für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung aufgeschlossen sein. Nicht umsonst haben Tschubais und Nemzow kurz nach ihrem Amtsantritt Reisen in die Regionen durchgeführt und sind dabei offenbar auf Verständnis für ihre Anliegen gestoßen.

Sind die personellen und "gesellschaftlichen" Voraussetzungen für eine Durchführung der Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet auch günstiger als je zuvor, so ist der Erfolg keineswegs sicher. Die soziale Lage wird sich gerade bei Fortgang der Wirtschaftsreformen und der Sanierung der Staatsfinanzen zumindest kurzfristig nicht verbessern. Notwendige Restrukturierung der Betriebe (z.B. im Zusammenhang mit der Konversion und Privatisierung von Rüstungsbetrieben) wird die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen. Der Abbau von allgemeinen Vergünstigungen wird viele Bedürftige betreffen, denen die zugesagte "direkte Unterstützung" nach allen Erfahrungen mit russischer Bürokratie versagt bleibt. Während die Aufmerksamkeit der gegenwärtigen Regierung auf die Industrie gerichtet ist, kann ihr leicht die Landwirtschaft aus dem Blickfeld geraten, die einen besonderen Schwachpunkt der bisherigen Reformen in Rußland darstellt. Es ist auch fraglich, wie weit der reformatorische Arm Moskaus reicht: In manchen Grenzregionen (Nordkaukasus, Südsibirien, Ferner Osten) hat sich die Macht der "Provinzfürsten" (d.h. der Präsidenten der Republiken und der Gouverneure der Gebiete) stark verfestigt.

So wird man (auch durch die Erfahrungen in den "Reformjahren" seit Gorbatschow belehrt) davon ausgehen müssen, daß nicht alle Reformziele in absehbarer Zeit erreicht werden. Die russische Wirtschaft wird daher noch auf Jahre hinaus einen unausgereiften und labilen Zustand und bestenfalls einen verhaltenen Wirtschaftsaufschwung aufweisen. Freilich befindet sie sich wenigstens auf dem "richtigen Weg": Die von Gegnern der Regierung und russischen Ökonomen immer wieder geforderte grundsätzliche "anti-monetaristische Kurskorrektur", die eine "schmerzlose" Wirtschafts-transformation erzielen soll, ist dagegen aussichtslos.

Roland Götz

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

¹⁸ Vgl. auch Vladimir Razuvaev, 'Novaja liberal'naja revolucija uže načalas', in: Nezavisimaja gazeta, 16.5.1997, S. 1.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071